Ä277 Bunt statt Grauland: Konsequent gegen rechts

Antragsteller*in: Alfred Nordhaus (Dahme-Spreewald KV)

Änderungsantrag zu 3.5.

Von Zeile 2 bis 4:
Polizei und Justiz müssen so ausgestattet werden, dass sie gegen die Bedrohung durch Rechtsextreme gewappnet sind. Vor allem die Analysekompetenz muss verbessert werden, indem Fachpersonal gewonnen und vorhandenes Personal weitergebildet wird. Zuletzt zeigte sich die fehlende Analysekompetenz insbesondere des Verfassungsschutzes darin, dass er Teile der Brandenburger ~~AfD~~rechten politischen Szene und ~~die „Pegida"-Partner von „Zukunft Heimat" immer~~der bürgerlichen Gruppierungen mit rechten, fremdenfeindlichem Hintergrund, noch immer nicht als rechtsextremistisch identifiziert hat. Dabei erfüllt deren Propaganda längst die Rechtsextremismus-Definition. Als da wären aggressiver Nationalismus, der Wunsch nach einer Volksgemeinschaft auf rassischer Grundlage, Antipluralismus und die ständige Diffamierung der demokratischen Institutionen und ihrer Repräsentanten. Gehetzt wird gegen alle Parteien außer ~~der AfD~~, gegen Gerichte, gegen Kirchen und gegen Gewerkschaften. ~~Der Verein „Zukunft Heimat" und Teile der AfD~~Folgerichtig müssen ~~folglich dringend~~diese Gesellschaftlichen Elemente vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

Begründung

Wir sollten der AfD in unserem Wahlprogramm keine Plattform liefern. Sie hat ohnehin schon viel zu viel aufmerksamkeit durch die Presse. Darüber hinaus stellt sie sich gerne in der Rolle des armen Opfers dar. Benennen wir sie nicht wörtlich, so kann sie dies nicht, ohne sich als rechtsextrem zu bezeichnen. Trotzdem wissen alle von wem wir sprechen.